

PRESSEINFORMATION

Kosten für Besuchsmanagement in Pflegewohnhäusern Unwürdiger Finanzstreit auf dem Rücken der Pflege- heime! Bündnis für gute Pflege drängt auf Lösung

Das Bündnis Pflege in der Steiermark (öffentliche, gemeinnützige und private Träger) drängt wie das Land Steiermark in seiner gestrigen Presseaussendung aufgezeigt hat, auf eine rasche Lösung für die Kostenübernahme beim Besuchsmanagement in Pflegewohnhäusern. Die Träger der steirischen Pflegewohnhäuser fordern vom Land rd. 2,4 Millionen Euro für bereits erbrachte Leistungen zurück, um die finanzielle Sicherheit der Pflegewohnhäuser weiter zu gewährleisten. Volkshilfe, Verband Steirischer Altenheime, Caritas und WK-Steiermark sprechen von einem unwürdigen Finanzstreit auf dem Rücken der steirischen Pflegeheime.

Gleichbleibende Auflagen, keine Weiterfinanzierung in angespannter Situation

„Die Vorschriften für das Besuchsmanagement nach der Covid-Verordnung sind seit 2021 gleich streng geblieben und bedeuten einen erheblichen Aufwand. Für die Jahre 2020 und 2021 sowie die ersten drei Monate 2022 wurden diese Kosten allen Pflegeheimen vom Land gegen Abrechnung ersetzt. Die steirischen Träger sind für behördliche Auflagen seit April mit knapp 2,4 Millionen Euro in Vorleistung gegangen. Wir brauchen dringend eine Lösung für die Finanzierung in dieser ohnehin angespannten Situation“, sagt Nora Tödting-Musenbichler, Direktorin der Caritas Steiermark und Mitglied im Bündnis Pflege.

Zusicherungen bisher nicht eingelöst

„Mehrere Male wurde uns versichert, dass es eine Kostenübernahme durch die öffentliche Hand geben wird“, bekräftigt Franz Ferner, Geschäftsführer der Volkshilfe in der Steiermark. „Es ist angesichts der Belastungen, unter denen wir arbeiten müssen, unmöglich, uns die Kosten auf einmal nicht mehr zu ersetzen, weil der Bund dem Land nicht genügend COV-Mittel zur Verfügung stellt. Wir haben während der gesamten Zeit der Pandemie in der Pflege stets Sonderleistungen erfüllt und tun das auch weiterhin wie von uns gefordert.“

Streit über Finanzierung auf dem Rücken der Pflegeheime

Der Vorsitzende des Verbandes Steirischer Altenheime Jakob Kabas ergänzt: „Diese Auseinandersetzung über die Finanzierung darf nicht auf dem Rücken der Pflegeheime ausgetragen werden. Wir können aus eigenen Kräften die Sonderausgaben dafür nicht mehr tragen ohne rasche Refinanzierung. Die Pandemie ist nicht vorbei - die Auflagen und damit Kosten bleiben.“

Seit Jahren andauernde hohe Belastungen - Finanzielle Sicherheit gewährleisten

Die stationären Pflegeeinrichtungen fallen unter die wenigen Bereiche, in denen weiterhin strenge Vorsichtsmaßnahmen in Bezug auf das Coronavirus gelten. Die Pflegeheime haben seit Beginn der Pandemie aufgrund hoher Sicherheitsstandards und andauernden Belastungen für die Pflegekräfte bei steigender Personalknappheit permanent neue große Herausforderungen bewältigt. Das Bündnis Pflege drängt vor Jahresende auf die dringende Finanzierungszusicherung des Landes für die bisher finanzierten und geforderten Leistungen rund um das Besuchsmanagement. Selbstverständlich richtet sich dieser Hilferuf auch an die Bundesminister Rauch (Grüne) und Brunner (Volkspartei), die hier schleunigst Mitteln frei machen müssen - „Nicht nur als Zeichen der Wertschätzung für unsere gesellschaftliche Funktion, sondern auch, um die finanzielle Sicherheit der Pflegewohnhaus Betreiber gewährleisten zu können“, so die Mitglieder des Bündnisses Pflege unisono.

Graz, 24. November 2022

Rückfragehinweis:

Fachgruppe der Gesundheitsbetriebe
Berufsgruppe Pflegeheime
Berufsgruppenvorsitzender Franz Ferner
0676 870 830 005
franz.ferner@stmk.volkshilfe.at